

## report 62

von: Oskar Negt, Dieter Sauer, Tatjana Fuchs, Klaus Pickshaus, Margret Mönig-Raane, 15.07.2005

Die im isw-Report 62 versammelten Texte geben die Referate wieder, die auf dem 13. isw-forum im Frühjahr 2005 in München gehalten wurden. Das Forum, das sich unter dem Titel „Zukunft der Arbeit“ den neueren Entwicklungen, den Perspektiven in und dem Kampf um die Arbeit widmete, wurde diesmal gemeinsam mit ver.di Bayern, veranstaltet. Rund 140 Interessierte vor allem aus den Gewerkschaften und aus den sozialen Bewegungen nahmen an der zweitägigen Tagung teil und bereicherten die Veranstaltungen mit spannenden Diskussionsbeiträgen.

Oskar Negt, emeritierter Professor für Soziologie an der Universität Hannover, eröffnete das Forum mit seinem Referat „Arbeit und menschliche Würde und die Aufgaben der Gewerkschaften“. Er spannte einen weiten Bogen, der mit der Kritik einer Ökonomie beginnt, die nur noch nach betriebswirtschaftlichen Kriterien funktioniert und sich aus allen sozialen Verankerungen löst. Die Logik von Kapital und Markt, der jede Vernunft untergeordnet wird, nimmt immer zerstörerischer Züge an. Oskar Negt verdeutlichte dies an der Polarisierung der Gesellschaft, in der trotz überbordendem Reichtum die Armut von Jahr zu Jahr wächst, an den fatalen Wirkungen eines dem Markt überlassenen Gemeinwesens. Vor diesem Hintergrund wäre ein möglicher Weg für die Gewerkschaften, durch den (Wieder-)Aufbau von betriebsnahen Gewerkschaftsstrukturen den beschleunigten Rationalisierungsprozessen eine breitere Basis demokratischer Mit- und Selbstbestimmung entgegenzusetzen. Darüber hinaus gelte es, das gewerkschaftliche Handlungsfeld über den Betrieb hinaus auf das Wohn- und Lebensumfeld auszudehnen - denn nur durch eine Erweiterung des gewerkschaftlichen Einflussfeldes über die Grenzen des Betriebs hinaus könne der langfristig notwendige Umbau der Arbeits- und Erwerbsgesellschaft stattfinden.

Dieter Sauer, Professor für Soziologie an der Universität Jena und Mitarbeiter am Institut für sozialwissenschaftliche Forschung (isf) in München, referierte zum Thema „Arbeit unter (Markt) Druck“. In seinem Referat beschrieb er radikale Umbrüche in der gesellschaftlichen Organisation von Arbeit, deren Kern er als „forcierte Vermarktlichung“ bezeichnet. Der Markt wird heute - radikaler als je zuvor - in den Betrieben als generelles Steuerungs-, Organisationsinstrument genutzt, er wird zum Bezugspunkt aller unternehmensinternen Prozesse. Dies zeigt sich in der wachsenden Bedeutung von marktorientierten Kennziffern zur Steuerung und Bewertung von Unternehmen, einer überaus flexiblen Beschäftigungs- und Arbeitszeitorganisation mit wachsenden und schrumpfenden Belegschaften und einer ergebnis- und erfolgsorientierten Leistungspolitik. Die Folgen für die Entwicklung von Arbeit benannte der Referent als zwiespältig: Einerseits werden für bestimmte Beschäftigtengruppen durchaus Potenziale sichtbar, wie beispielsweise selbstorganisierte Arbeitsformen mit wachsender Verantwortung, größeren Entwicklungsperspektiven und Freiheiten, andererseits wachsen für viele Beschäftigten die Risiken von unsicherer Beschäftigung, immer längeren Arbeitszeiten und auch die Verbreitung von monotonen, restriktiven Tätigkeiten. So gesehen,

verschärft eine betriebliche Arbeitsorganisation, die die Vorgaben des Marktes als Steuerungsinstrument nutzt, die Polarisierung der Arbeitsbedingungen. Arbeitspolitik, die in diese Entwicklung zu Gunsten der Beschäftigten eingreifen will, muss zunächst die scheinbar objektiven Kennzahlen, die den Beschäftigten z.B. in Form von Renditeerwartungen vorgegeben werden, hinterfragen. Denn, so Dieter Sauer, mit dem Markt kann man nicht verhandeln. Eine Arbeitspolitik, die auf eine Anpassung an Marktzwänge setzt, hat von vornherein verloren. Gegen die Tendenzen einer radikalen Marktökonomie formuliert er die Perspektive einer "eigensinnigen" Arbeitspolitik, die sich an den Erfordernissen, Bedürfnissen und den autonomen Ansprüchen der Arbeitskräfte orientiert.

Tatjana Fuchs, Soziologin am Internationalen Institut für empirische Sozialforschung und Mitarbeiterin beim isw, knüpfte in ihrem Beitrag „Perspektiven in der Arbeit“ an der Forderung einer eigensinnigen Arbeitspolitik an und präsentierte erste Ergebnisse ihrer Untersuchung „Was ist gute Arbeit? - Anforderungen aus der Sicht von Beschäftigten“. Es zeigt sich, dass die zugespitzten Einkommensverhältnisse und die Zunahme von Unsicherheit zu einem Dreh- und Angelpunkt geworden sind. Hier sehen die Beschäftigten die größten Handlungsbedarfe, hier herrscht die höchste Unzufriedenheit. Positiv formuliert: Einkommens- und Beschäftigungssicherheit werden als wichtigste Aspekte guter Arbeit genannt. Diese Ergebnisse führte die Referentin auf den mittlerweile gewaltigen Niedriglohnsektor und eine gezielte betriebliche Politik der Angst und der Verunsicherung zurück. Diese zunehmende Polarisierung und Verunsicherung wird von den Beschäftigten mehrheitlich abgelehnt - und dies keineswegs nur von den unmittelbar Betroffenen. In dieser gemeinsam geteilten Ablehnung von starken Einkommensunterschieden, von unsicheren Beschäftigungsformen, von finanziellem Druck auf arbeitslose Personen, usw. liegen - so die Referentin - wichtige Solidaritätspotenziale, die die Gewerkschaften stärker als bisher nutzen könnten.

Klaus Pickshaus, Leiter der Abteilung Arbeits- und Gesundheitsschutz beim Vorstand der IG Metall, stellte in seinem Referat die Kampagne „Gute Arbeit“ der IG Metall vor, die ebenfalls an dem Umbruch der Arbeitsgesellschaft anknüpft und frühere Projekte und Initiativen zur „Humanisierung der Arbeit“ fortführt. Mit den von den Arbeitgebern formulierten Visionen, dass sich die Arbeit und damit die Beschäftigten völlig dem Diktat des Marktes, bzw. den Renditevorgaben der Finanzmärkte unterordnen sollten, wollte sich die IG Metall nicht abfinden. Ziel des Projektes „Gute Arbeit“ sei demgegenüber, Aktivitäten für eine humane Gestaltung der Arbeitswelt anzustoßen, eine „Menschengerechte Arbeitsplatzgestaltung“ als Querschnittsaufgabe zu verankern und die IG Metall als „Treiber“ für gute Arbeit zu profilieren. Themen des Projektes seien erstens, der Arbeit ein gesundes Maß zu geben, d.h. die Arbeitszeit und den Leistungsdruck begrenzen; zweitens gehe es darum, Anforderungen an eine alternsgerechte und lernförderliche Gestaltung der Arbeit zu formulieren und drittens um die Einschränkung von prekärer Beschäftigung. Im Vordergrund steht dabei die stärkere „Politisierung der Arbeitsbedingungen“, d.h. die Qualität der Arbeit soll wieder zu einem gesellschaftspolitischen Thema gemacht werden. Darüber hinaus solle betriebliche Handlungsfähigkeit entwickelt und schließlich die „Verschränkung von Arbeit und Leben“ gefördert werden. Es gehe darum, so Klaus Pickshaus, schlechter Arbeit Grenzen zu setzen und statt Anpassung Widerstandslinien aufzubauen. In diesem Sinne sei „Gute Arbeit“ ein

Widerstandskonzept, eine Interventionschance und ein Zukunftskonzept. Die Ausrichtung an Wettbewerbskriterien führe zu einer Anpassungsspirale nach unten. Demgegenüber müssten die autonomen Interessen der Beschäftigten gestärkt werden.

Auch Margret Mönig-Raane, stellvertretende Vorsitzende von Ver.di, stellte in ihrem Referat „Wem gehört die Zeit? Die arbeitszeitpolitische Initiative von ver.di“ ein gewerkschaftliches Projekt vor, das sich einem Kernpunkt der Arbeitsgestaltung widmet. Sie bilanzierte kritisch und offen die bisherigen Erfolge und Rückschläge in der Auseinandersetzung um die Gestaltung der Arbeitszeit. Eine wesentliche Herausforderung sei es, dass die Zeit wieder stärker von den Beschäftigten als Bestandteil des Wohlstands, der Lebensqualität wahrgenommen werde. Die Schwierigkeit besteht – so Margret Mönig-Raane – angesichts der höchst unterschiedlichen Arbeitszeiten im Dienstleistungsbereich darin, eine für alle Beschäftigten akzeptable Balance zwischen Beschränkungen und Regulierung der Arbeits- und Konsumzeiten und den Ansprüchen an Freizeit- und Freizeitgestaltung zu erreichen. Noch immer geraten die Wünsche von Beschäftigten etwa nach längeren und flexibleren Kinderbetreuungszeiten mit den Arbeitszeiten der Erzieherinnen in Konflikt. Eine Aufgabe der Arbeitszeitinitiative sei es, diese Konflikte nicht zuzudecken sondern Diskussionsprozesse anzuregen. Trotz vieler, manchmal auch überlagernder Interessen, bleiben die Forderungen nach Planbarkeit und Begrenzung der Arbeitszeit jedoch wesentliche Fixpunkte der Arbeitszeitpolitik von ver.di.

Deutlich wurde in den Vorträgen und in den Diskussionsbeiträgen, dass Arbeit, deren Qualität, Organisation und Verteilung, von zentraler Bedeutung für die individuelle Lebensqualität und für die gesellschaftliche Entwicklung ist. Etliche gesellschaftspolitische Entwicklungen, wie wachsende Ängste und Aggressionen, aber auch emanzipatorische Potenziale können nicht unabhängig von der Entwicklung von Arbeit begriffen werden. Dabei ist unter Arbeit durchaus mehr zu verstehen als erwerbsförmig organisierte Arbeit. Dennoch bleibt Erwerbsarbeit – auf Grund ihrer materiellen Bedeutung, ihrer hochgradigen Arbeitsteiligkeit, ihrer hierarchischen Organisation, ihrer Verbundenheit mit dem technisch-organisatorischen Fortschritt und letztlich auch wegen ihres widerspenstigen Potenzials – in ihrer Bedeutung für den Einzelnen und die Gesellschaft zentral.